

Danke Irland!

Fünf Völker Europas (von 27) haben dem Lissabonner Vertrag in seiner ursprünglichen oder in seiner angeblich abgespeckten Fassung eine Abfuhr erteilt. Drei davon haben mit Nein gestimmt (Frankreich, die Niederlande, Irland), zwei haben sich mit einem Lippenbekenntnis dazu bekannt (56% Zustimmung in Luxemburg; 78,5% Zustimmung in Spanien bei einer Beteiligung von 41% der Wahlberechtigten). Man wird also nicht behaupten können, dass das derzeitige Europa-Projekt bei den europäischen Wählern auf Begeisterung stößt. Das dürfte auch der Grund sein, warum andere Regierungen erst gar nicht das Referendum als Zustimmungsweg gewählt haben. Nichtsdestoweniger gab es bislang in den meisten Parlamenten breite Mehrheiten für die Ratifizierung sowohl des ersten als auch des zweiten Vertrags. Es gibt also in Europa eine Kluft zwischen den Völkern und ihren gewählten Vertretern.

Als Ursache für das irische Nein machen die führenden Politiker in der EU einmal mehr Kommunikationsprobleme aus. Oder sie unterstellen den Wählern innenpolitische Gründe: Sie hätten das Referendum genutzt, um ihren Protest gegen die nationale Regierung auszudrücken in Bezug auf Probleme, die nichts mit Europa zu tun haben. Könnte das Nein der drei europäischen Völker und das schwache Ja der zwei anderen nicht ernsthafte Gründe haben? Die Iren haben sehr wohl verstanden, dass zwischen der ersten und der zweiten Fassung des Vertrags nur Kinkerlitzchen geändert worden waren.

Die Iren haben sehr wohl verstanden, dass zwischen der ersten und der zweiten Fassung des Vertrags nur Kinkerlitzchen geändert worden waren.

Vor fünfzig Jahren konnte die Europa-Idee die Menschen begeistern. Zu Recht weist der Luxemburger Premierminister Jean-Claude Juncker immer wieder auf die friedensstiftende Rolle der europäischen Einigung hin. Aber Angst vor Krieg ist zurzeit nicht das, was die Menschen in Europa bewegt. Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst vor dem Abbau ihrer sozialen Rechte, Angst vor dem Rückbau und dem Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen, Angst vor einem Rückschlag für die gewerkschaftlichen Freiheiten, Angst vor einer Aushöhlung der demokratischen Partizipation ... das sind die Beweggründe, warum sie dem aktu-

ellen Trend in der EU-Politik skeptisch gegenüberstehen. Etliche Politiker wissen es auch. Außenminister Jean Asselborn gab der Zeitung *Wöxx* (Nr. 958, 13.6.2008) zu Protokoll: « On peut évidemment dire qu'on s'est laissé entraîner trop vite (en direction des libéralisations). » Und Premierminister Jean-Claude Juncker bekannte gegenüber dem *Tageblatt* (27.6.2008): « Si le pouvoir économique mondial dans ce monde globalisé a davantage droit au chapitre que jamais auparavant, c'est parce que la politique s'est retirée rapidement du centre décisionnel en s'adonnant à une dérégularisation frénétique. » Nur tun beide Politiker so, als hätten sie dabei keine Verantwortung mitzutragen. Asselborn schiebt die Schuld noch auf das Mehrheitssystem, das in diesen Fragen im EU-Ministerrat gilt, während Juncker hinzufügt, dass 13 von 15 EU-Regierungen angeblich sozialistisch waren, als mit der Liberalisierungspolitik begonnen wurde. Wenn beide ehrliche Zweifel an der Liberalisierungs- und Privatisierungswelle hätten, müssten sie sich doch freuen, dass die Völker den dafür verantwortlichen Entscheidungsträgern mit ihrem Nein die rote Karte zeigen!

Selbst der EU-Gerichtshof hat die Lesart der Neinsagenden Völker bestätigt. Er hat in den Affären Laval und Viking im Dezember 2007 – entgegen der Meinung der Generalanwaltschaft – gewerkschaftliche Aktionen in Schweden und Finnland als Verstöße gegen die Handelsfreiheit verurteilt. In der Affäre Rüffert hat er im April 2008 dem Bundesland Niedersachsen verboten, Mindestlöhne bei öffentlichen Ausschreibungen vorzuschreiben, erneut, weil er darin einen Verstoß gegen die EU-weite Wettbewerbsfreiheit sah. Und jüngst hat er auf Antrag der Brüsseler Kommission Luxemburg verurteilt, weil es bei der Umsetzung der sog. Entsenderichtlinie die hierzulande geltende Indexierung der Löhne sowie die Bestimmungen der Branchenkollektivverträge auch auf zeitweise hier arbeitende Arbeitnehmer ausländischer Unternehmen anwenden wollte, um zu verhindern, dass das unsozialere Arbeitsrecht des Herkunftslandes zur Anwendung käme. Außerdem hat er Luxemburg die strengen Kontrollen,

etwa auf Baustellen, gegen Sozialdumping untersagt. Statt sich nun über Gerichtsurteile aufzuregen, wären die Gewerkschaften gut beraten, die EU-Richtlinien direkt anzugreifen, für die auch unsere Regierung mitverantwortlich ist. Denn bis zum Beweis des Gegenteils wenden die Richter nur bestehendes Recht an. Nicht die Urteile, sondern die ihnen zugrunde liegenden Richtlinien (= EU-Gesetze) sind also das Problem. Und wenn Arbeitsminister François Biltgen die Bedeutung des gegen Luxemburg ergangenen Urteils herunterspielt, zeigt er nicht nur, dass er die wahren Gründe der EU-Verdrossenheit nicht verstanden hat, sondern er versucht gleichzeitig von der eigenen Verantwortung als Mitglied der für die Richtlinie verantwortlichen EU-Ministerrunde abzulenken. Er musste in der Tat zugeben, dass die EU-Richtlinie eine automatische Lohnanpassung nur für die Mindestlöhne, nicht für alle Gehälter erlaubt.

Dass die Bürger Europas in der EU eine Freihandelsunion sehen und die Sozialunion nicht erkennen, ist also keineswegs ein Kommunikationsproblem. Statt die EU als Schutzfaktor gegen die unsozialen Folgen der Globalisierung zu empfinden, erleben sie die europäische Integration als Teil, wenn nicht gar als einer der Motoren der Globalisierung der Märkte und machen sie mitverantwortlich für deren verheerende Folgen in Sachen Umwelt und Klima, Armut und Unterentwicklung, Abbau der sozialen Rechte und Abdankung der Politik zugunsten der wirtschaftlichen Eliten, manchmal vergessend, dass sie insgesamt im Vergleich zur Weltbevölkerung auf der Gewinnerseite sitzen.

Wer dagegen ankämpfen will, darf sich nicht darüber ärgern, dass der zur Diskussion stehende Vertrag streng genommen nichts damit zu tun hat. Der kann sich auch nicht mit den derzeitigen Bemühungen der EU-Politiker begnügen, eine rein juristische Lösung zu suchen, wie man aus der Krise herausfinden kann. Der darf auch nicht die EU-Parlamentswahlen im nationalen Wahlkampf untergehen lassen, wie das die CSV immer noch tun will, indem sie eine Trennung der beiden Wahltermine mordikus verhindert, sondern muss der EU-Thematik ein eigenes Forum bieten und dazu gehört in einer Demokratie nun mal ein eigener Wahlkampf.

Die EU-Krise und die unsozialen Gerichtsurteile haben zumindest den Vorteil, dass endlich die Gewerkschaften erwacht sind und erkannt haben, dass EU-Sozialpolitik auch Innenpolitik ist. OGBL-Präsident Jean-Claude Reding wird mit dem Satz zitiert: « S'il y avait un nouveau référendum au Luxembourg, je n'oserais plus appeler nos membres à voter oui. » (Wöxx, Nr. 960, 27.6.2008). Bedenkenswert ist zweifelsohne der Vorschlag, den Mil Lorang im Namen des OGBL am 19. Juni 2008 im *Tageblatt* machte: Der Lissabonner Ver-

trag solle durch ein fortschrittliches Sozialprotokoll ergänzt werden, das als Opt-in-Klausel allen Ländern offenstehen würde, die es mit ihrem sozialen Diskurs à la Jean-Claude Juncker ernst meinen. Der Zusatzvertrag müsste klarstellen, dass die Sozialunion der Wirtschaftsunion übergeordnet ist, dass im Zweifelsfall die Rechte der (schwächeren) Arbeitnehmer über den Rechten der (stärkeren) Arbeitgeber und Aktionäre stehen. Die Formel hätte den Vorteil, dass nicht alle Mitgliedsstaaten gleichzeitig diesen Weg beschreiten müssten, würde aber alle 27 Regierungen zwingen, Farbe zu bekennen, auch die luxemburgische. Einen solchen sozialen Zusatzvertrag könnten die Politiker jeder Couleur auch bedenkenlos ihren Völkern zum Referendum vorlegen. Wetten, dass sie es nicht tun werden?

michel pauly

Die EU-Krise und die unsozialen Gerichtsurteile haben zumindest den Vorteil, dass endlich die Gewerkschaften erwacht sind und erkannt haben, dass EU-Sozialpolitik auch Innenpolitik ist.

